

POLITIK



„Notfalls gehe ich 80 Jahre in den Knast“

Tanja Nijmeijer kämpfte für die Farc. Nun verhandelt sie über Frieden in Kolumbien

JEROEN KUIPER
HAVANNA

Einmal sei sie von einem Landsmann erkannt worden, sagt Tanja Nijmeijer. Einem Touristen. „Er sagte mir, dass viele in Holland mit dem, was ich mache, nicht einverstanden sind“, erzählt die 35-Jährige, „aber er selber war sehr von meinem Handeln angetan.“ Die Niederländerin zündet sich eine neue Zigarette an und betrachtet den Trubel auf Havannas Straßen. Seit 16 Monaten verhandelt die kolumbianische Regierung mit der Guerillabewegung Farc über ein Friedensabkommen, die meisten Treffen fanden in der kubanischen Hauptstadt statt. Nijmeijer ist Mitglied der 30-köpfigen Farc-Delegation. Als Romanistik-Studentin war sie 2001 nach Kolumbien gekommen. Bewegt von der großen Armut schloss sie sich der Untergrundbewegung an und zog 2003 in den Dschungel.

Bei dem seit 50 Jahren schwelenden Konflikt kamen insgesamt 200.000 Menschen ums Leben, die letzten bei einem Autobomben-Anschlag der Farc im Dezember sowie bei einem Luftangriff der Armee auf Farc-Stellungen.

Die Verhandlungen auf Kuba sind schon der vierte Friedensversuch. Doch noch nie redeten die verfeindeten Parteien so intensiv miteinander. Ein erstes Teilabkommen wurde im Mai 2013 zu den Landwirtschaftsreformen erzielt, ein zweites, zur politischen Bildung, im Oktober. In diesem Jahr stehen die Verhandlungen unter dem Vorzeichen wichtiger Wahlen: Am 9. März wird in Kolumbien ein neues Parlament gewählt, am 25. Mai ein neuer Präsident.

DIE WELT: Es wird über sechs Themen verhandelt. In welchen Bereichen herrscht Einigkeit?

TANJA NIJMEIJER: Wir haben schon einiges erreicht, wie zum Beispiel zusätzliche Sitze im Kongress für vernachlässigte Regionen. Auch wird es einen Fond von Landwirtschaftsböden für landlose Bauern geben. Wir verhandeln über das Thema Drogen. Wir wollen einen sofortigen Stopp der Besprühungen von Feldern mit dem schädlichen Glysofat. Mittlerweile ist sich doch jeder darüber einig, dass der sogenannte *War on Drugs*, vor allem von den Amerikanern unterstützt, ein großes Debakel geworden ist. Eine militärische Lösung des Drogenthemas gibt es nicht. Es geht um ein weltweites, soziales Problem. Ich denke, dass wir im Bereich der Drogen in mehreren Punkten mit der Regierung übereinstimmen.

Was ist noch wichtig, um einen Frieden zu erreichen?

Für uns ist es ganz wichtig, dass es eine verfassungsgebende Versammlung geben wird, in der Vertreter der Bevölkerung die Ergebnisse der Friedensgespräche diskutieren können. Die Regierungsdelegation will bisher nur ein Referendum. Außerdem wollen wir eine Kommission, die die ganze historische Wahrheit des Konfliktes auf den Tisch bringen soll. Dazu ist eine internationale Kommission nötig, die unabhängig arbeiten kann. Für einen richtigen Frieden brauchen wir einen Versöhnungsprozess, der auf der Wahrheit basiert. Ohne so eine Wahrheitskommission wird es ganz schwierig, Frieden zu erreichen.

Wie kommt eine gut ausgebildete Niederländerin zur einer illegalen bewaffneten Gruppe in Kolumbien?

Für mich war es das Ergebnis eines politischen Prozesses. Ich verstehe schon, dass es radikal erscheinen mag, aber am Ende hatte ich keine Mühe damit, mich der Farc anzuschließen. Vielleicht ist es schwierig sich vorzustellen, zu Waffen zu greifen, wenn man glaubt, dass es in Kolumbien eine Demokratie gibt. Aber wer die Lage kennt, kommt zu dem Schluss, dass es keine andere Option gibt. In Kolumbien gibt es keine Demokratie. Die Farc will keinen Krieg, aber wir werden dazu gezwungen. Der Kampf hat angefangen, nachdem in den 60er-Jahren Bauern ihr Land forderten, aber keiner hat ihnen zugehört. Seit 1964 hat man auf unsere Vorschläge immer mit Gewalt reagiert. Die meisten Aktivisten enden früher oder später bei der Farc. Übrigens kann sich der Blick auf das, was heute radikal erscheinen mag, für die Gesellschaft ändern. Auch die Perspektive auf die Farc kann sich ändern. Man denke nur an Nelson Mandela. Er wurde früher auch als Terrorist gesehen.

Würden Sie sich, wenn Sie das noch einmal entscheiden könnten, wieder der Farc anschließen?

Ja. Ich bin stolz darauf, eine Guerillera zu

sein. Vielleicht klingt es eigenartig, aber ich bin stolz darauf, die Stimme der armen kolumbianischen Bevölkerung zu repräsentieren, die Stimme der Menschen, die nie gehört wurden. Manchmal müssen wir lachen, wenn wir uns klar machen, was momentan geschieht: Die marxistisch-leninistische Farc verteidigt am Verhandlungstisch die kolumbianische Demokratie! Bei Treffen im ganzen Land sammeln wir Vorschläge zu den Landwirtschaftsreformen, zur Drogenpolitik, und den anderen Themen. Diese Vorschläge präsentieren wir während der Verhandlungen. Wir haben schon über 200 solcher Ideen eingebracht.

Gibt es in der Bevölkerung noch Unterstützung für die Farc?

Eine Guerilla-Bewegung kann nie ohne die Unterstützung eines Teils der Bevölkerung überleben. Es mag eigenartig aus meinem Mund klingen, aber wir sind einfach Kolumbianer. Ursprünglich waren wir eine Bauernorganisation, deswegen kommt ein Großteil der Unterstützer natürlich vom Land. Dort kommen die Leute auf uns zu und bitten um Hilfe. Ich habe zum Beispiel Brücken mit der örtlichen Bevölkerung gebaut. Ich finde schon, dass das zu unseren Aufgaben gehört, denn in weiten Teilen des Landes fehlt der Staat komplett.

Sie werden in den USA wegen Beteiligung an der Entführung von drei Amerikanern gesucht. Es gibt Gerüchte, dass Sie sogar daran beteiligt waren, deren Flugzeug abzuschießen. Stimmt das?

Nein. Diese Amerikaner wurden von uns im Februar 2003 angehalten, und damals war ich noch gar nicht im Dschungel. Mein damaliger Kommandant Mono Jojoy hat mich aber gebeten, zu übersetzen, als die Amerikaner ein Lebenszeichen nach Hause schicken wollten. Deshalb habe ich drei Stunden übersetzt. Das war's.

Ist stolz, eine Guerillera zu sein: die Niederländerin Tanja Nijmeijer



Durch Entführungen hat die Farc Prestige und politische Unterstützung verloren. Stimmen Sie dem zu?

Ja. Wir geben auch zu, Menschen geopfert zu haben. So etwas kommt während eines 50-jährigen Krieges vor. Wir sind auch bereit, den Opfern eine zentrale Rolle während der Verhandlungen einzuräumen, aber dazu muss auch die Regierungsseite eingestehen, dass sie für Opfer verantwortlich ist.

Die Entführungen dienten der Farc als Einnahmequelle. Seit Beginn der Friedensverhandlungen verzichten Sie bis auf Ausnahmen darauf. Jetzt ist die Gruppe stärker auf Drogenhandel angewiesen. Erhebt die Farc Steuern auf die Koka-Produktion?

Ja, dort, wo wir aktiv sind, müssen die Leute für jedes produzierte Kilo Koka eine Steuer zahlen. Wir sind aber auch für eine Regulierung des Drogenkonsums. Das ist eine Aufgabe des Staates. Es ist jedoch eine Fehleinschätzung, zu denken, dass wir Drogenhändler sind oder eine reiche Guerillabewegung. Der Krieg kostet viel Geld. Aber wir verbieten der örtlichen Bevölkerung nicht, Koka zu produzieren, denn wir wissen, dass es eine wichtige Einnahmequelle für die Menschen in manchen Regionen ist. Wir sagen den Menschen aber immer, dass sie auch Yucca und Backbananen für den Verzehr produzieren müssen. Ich glaube nicht, dass eine durchschnittliche Drogenbande so etwas machen würde.

Wären Sie bereit, als Teil eines Abkommens, ins Gefängnis zu gehen?

Ich schließe nichts aus. Wenn meine Gefängnisstrafe dazu führen würde, dass es in Kolumbien besseren Unterricht gibt, dass die Menschen zu essen und ein Dach über ihren Kopf haben, dann mit Vergnügen. Notfalls für 80 Jahre. Sozusagen. Aber ich glaube nicht, dass Gefängnisstrafen zu mehr Gerechtigkeit in Kolumbien führen werden, dafür sind andere Dinge nötig. Außerdem ist noch nie ein Friedensprozess damit ausgegangen, dass Menschen ins Gefängnis gekommen sind. Schauen Sie sich Südafrika an oder Nordirland. Keine der Parteien ist im Knast geendet.

FLORIAN KELLERMANN
DONEZK

Im Fußgängerdurchgang an der Artem-Straße klebt Blut. Es ist offenbar in einem mächtigen Strahl über die Stufen an die Wand gespritzt. „Das ist Blut von Demonstranten“, erklärt eine junge Dame im Pelzmantel, Polizisten hätten mit Knüppeln auf sie eingeschlagen, als sie den Euro-Maidan in Donezk auflösten. Die junge Dame findet das völlig richtig. „Die Demonstranten widersetzen sich doch, wenn sie festgenommen werden“, sagt sie und geht weiter. Die Stimmung in der Bergarbeiterstadt Donezk und anderen Städten der Ostukraine, wo die meisten Menschen auf der Seite von Präsident Viktor Janukowitsch stehen, wird aggressiver. „Die Mehrheit will keine Gespräche mehr, sie verlangt vom Präsidenten, dass er für Ordnung sorgt, notfalls auch mit Gewalt“, sagt Sergej Bogatschow, Sekretär des Donezker Stadtparlaments und Mitglied von Janukowitschs Partei der Regionen.

Die Menschen verlangten die Räumung des Unabhängigkeitsplatzes in Kiew, so der Funktionär, nur mit Mühe könne er ihnen den Grund für weitere Verhandlungen erklären. „Schließlich würde Gewalt die Situation weiter zuspitzen.“ Allerdings hat Bogatschow kein Problem damit, selbst verbal weiter aufzurufen. Auf dem Unabhängigkeitsplatz gäben Nationalisten von der Partei Swoboda den Ton an, „die radikale Ansichten vertreten und faschistische Symbole benutzen“, erklärt er.

Diese Darstellung haben sich inzwischen fast alle ostukrainischen „Regionalen“, wie sie dort genannt werden, angewöhnt – sie sichern Janukowitsch ein Höchstmaß an Unterstützung. Brandsätze und Gummigeschosse fliegen zurzeit weder in Kiew noch anderswo, aber die Spannung unter der Oberfläche nimmt eher zu. Während die Selbstschutzeinheiten der prowestlichen Demonstranten in Kiew inzwischen auf 12.000 Freiwillige angewachsen sind, wie ihr Kommandant erklärte, gibt es auch in der Ostukraine Aufrufe zur Bildung von „Schutztruppen“.

Eine Vereinigung namens Oplot (auf Deutsch „Bollwerk“) in Charkow will den Straßenkampf gegen den Maidan organisieren. „Das Vaterland ist in Gefahr, wir müssen es verteidigen“, heißt es in einem Aufruf des Oplot-Anführers Jewgenij Schilin. Er wendet sich an alle, „die bereit sind, gegen den Feind zu kämpfen“. Die Situation ähnele der von 1941, als das Deutsche Reich die Sowjetunion überfiel, so Schilin, es gehe „um die ewig unsere und heilige Erde“. Das sind keine leeren Worte. Oplot betreibt im Norden der Charkower Innenstadt einen hervorragend ausgestatteten Kampfklub – wie viele Mitglieder er hat, gibt die Organisation nicht bekannt. „Unsere Zahl wächst ständig, wir bekommen täglich ein paar Dutzend Anmeldungen“, erklärt Alexander, der sich im Büro von Oplot als Jurist vorstellt, lediglich. Aber eigentlich darf er nichts sagen – sein Chef Schilin sei im Ausland unterwegs.

Zu seinen Motiven sagt Schilin nur: „Es beleidigt mich einfach, wenn auf meinen Präsidenten Druck ausgeübt wird.“ Schließlich sei Viktor Janukowitsch „verfassungsmäßig gewählt“. Eine direkte Verbindung zur „Partei der Regionen“ gebe es jedoch nicht, beteuert er. Allerdings fiel sein Aufruf zum Selbstschutz mit einer höchst umstrittenen Veranstaltung der Präsidenten-Partei in Charkow zusammen. Der Gouverneur des östlichen

Umgekehrte Vorzeichen: Während Priester in Kiew gegen die Sicherheitskräfte auf die Straße gehen, segnet dieser orthodoxe Geistliche in Donezk Polizisten (o.). Im Zentrum der Stadt spielt ein Junge auf einer Demonstration gegen Präsident Janukowitsch Klavier



Wo Russland der beste Freund ist

Im Osten der Ukraine verlangen die Menschen ein hartes Vorgehen gegen Regierungsgegner. Manche dort vergleichen sie mit den Nationalsozialisten

FLUCHT NACH DEUTSCHLAND

Der mutmaßlich durch Folter schwer verletzte ukrainische Regierungsgegner **Dmitri Bulatow** will nach Deutschland kommen. Bulatow habe zwar den Wunsch geäußert, seinen Vater im westfälischen Hagen zu besuchen, sagte der stellvertretende Vorsitzende der Jungen Union in Deutschland, Benedict Pöttering. Er habe ihn jedoch so verstanden, dass Bulatow nur solange in Deutschland bleiben wolle, bis die **politische Lage in der Ukraine** eine Rückkehr zulasse. Pöttering, der auch Vorsitzen-

der der Jugendorganisation der europäischen Konservativen ist, steht nach eigenen Angaben seit vergangener Donnerstag täglich durch Telefonate und SMS in Kontakt mit Bulatow. Einem Bericht der „Rheinischen Post“ zufolge hat Pöttering **Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier** (SPD) gebeten, sich für die Einreise und für ein Bleiberecht Bulatows einzusetzen. Bislang wird Bulatow, ein Wegbegleiter des Oppositionspolitikers **Vitali Klitschko**, in Litauen medizinisch behandelt.

Bezirks, Michail Dobkin, brachte 6000 Parteimitglieder zu einer Versammlung und rief die Gründung einer „Ukrainischen Front“ aus. Die Rhetorik auffallend ähnlich zu der von Schilin. „Wir müssen unsere Erde von denen säubern, die hierher gekommen sind, um sie zu okkupieren“, erklärte er. Wie genau das geschehen soll, erklärte Dobkin nicht.

Für Janukowitsch-Gegner hat dieser Kampf gegen sie längst begonnen. Unbekannte setzten ihre Autos in Brand, weit über 100 Menschen waren davon schon betroffen. Angriffe gibt es auch auf die Parteibüros, so auf die Vertretung der Vaterlands-Partei in Donezk, wo die Aktivisten seitdem nur noch hinter heruntergelassenen Rollos arbeiten. Immer wieder

überfielen Maskierte die Pro-EU-Demonstrationen in östlichen Städten und schlugen Teilnehmer zusammen – ohne dass die Polizei die Schuldigen ausfindig machen konnte oder wollte. Oplot und ähnliche Organisationen distanzieren sich von solchen Vorfällen.

Der Osten der Ukraine war es, der Janukowitsch im Jahr 2010 zum Präsidenten wählte. Er punktete dort mit seinem Versprechen, das Land wieder an Russland anzunähern. Das gelang ihm nicht so sehr, weil die meisten Menschen im Osten Russisch statt Ukrainisch sprechen – das ist auch in der prowestlichen Hauptstadt Kiew so. Vielmehr sind viele Menschen dort mit dem Nachbarland verbunden. Einer Befragung des Soziologie-In-

stituts der Kiewer Mohyla-Akademie aus dem vergangenen Jahr zufolge bezeichnen sich in den drei östlichen Bezirken (Charkow, Donezk, Luhansk) nur etwa 30 Prozent als ethnische Ukrainer. Rund 20 Prozent geben „Russe“ als Volkszugehörigkeit an, etwa die Hälfte kann sich nicht zwischen den beiden Optionen entscheiden. Das kommt auch daher, dass die meisten Bekannte und Verwandte jenseits der Grenze haben.

„Mein Sohn lebt in Russland, meine Enkel leben dort, wie kann ich da gegen sie sein und in die Europäische Union wollen“, erklärte eine Rentnerin bei einer Pro-Janukowitsch-Demonstration in Donezk vergangene Woche. Die Propaganda des russischen Fernsehens, das hier viele schauen, schürt bei solchen Menschen gezielt Ängste. Wenn die Ukraine sich vom Nachbar entfernt, dann werde die Grenze zu Russland in etwa so undurchlässig wie früher die deutsch-deutsche Grenze, so der Tenor.

Janukowitsch schien sein Wahlversprechen zunächst nicht zu erfüllen, im Gegenteil. Er setzte zwar für das Russische den Status einer „Regional-Sprache“ neben der Amtssprache Ukrainisch durch. Und er verlängerte den Vertrag für die Stationierung der russischen Schwarzmeer-Flotte in Sewastopol auf der Krim um 25 Jahre bis 2042. Als Moskau jedoch keine Zugeständnisse beim Gaspreis machte, begann der Präsident die Annäherung an die EU. Er brachte die Verhandlungen um ein Assoziierungsabkommen zum Abschluss und ließ entsprechende – teils unpopuläre – Gesetze beschließen, so die Anhebung des Renteneintrittsalters. „Die Ostukrainer konnte er von diesem Kurswechsel nicht überzeugen“, so Valerij Chmelko, Soziologie-Professor an der Mohyla-Akademie.

Die Zahl der EU-Gegner blieb dort unverändert hoch und in der deutlichen Mehrheit. Dementsprechend wohlwollend wurde es im Osten aufgenommen, als Janukowitsch den Assoziierungsvertrag beim EU-Gipfel in Vilnius im November doch nicht unterschrieb. Wenn die „Partei der Regionen“ zu Demonstrationen für den Präsidenten aufruft, kommen trotzdem nicht viele – in Donezk mit seinen knapp eine Million Einwohnern in der vergangenen Woche jeweils zwischen 50 und 100 Menschen. Mehr würden es nur, wenn Beamte gezwungen werden teilzunehmen, erzählt Jewgenia, die in der Bezirksverwaltung arbeitet und ihren Nachnamen nicht gedruckt sehen will. „Dann kommt die Chef-in und sagt, dass wir alle zur Demonstration erscheinen sollen“, sagt sie. Sie kenne Fälle von Kollegen, die entlassen worden seien, weil sie sich weigerten.

Sympathie für die Proteste auf dem Kiewer Unabhängigkeitsplatz verberge sich dahinter aber keineswegs, so die meisten Beobachter, eher Trägheit. „Wir verdienen zwar wenig, aber das Gehalt kommt regelmäßig, wir wollen keine Veränderungen“ – so beschreibt Jelena Barannik, Chefredakteurin des oppositionellen Charkower Radiosenders Nowa Chwylja, die Stimmung. Das gelte selbst für ihren Heimatort im Bezirk Donezk, wo nur zu bestimmten Stunden Wasser in den Leitungen fließe und wegen der Schließung von Kohlegruben alle öffentlichen Gebäude verfielen. „Stabilität“, eines der Kernworte von Janukowitsch, gelte dort als höchstes Gut – auch Stabilität auf niedrigstem Niveau. So werden nicht nur die Proteste in Kiew, sondern auch die brennenden Autos von Oppositionellen den Janukowitsch-Gegnern angelastet. Schließlich hätten sie die Auseinandersetzung begonnen, heißt es im Osten.